

Staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend			34. Sitzungsprotokoll
18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2011 - 2015
Sitzungstag: 09.04.2015	Sitzungsbeginn: 14:30 Uhr	Sitzungsende: 15:45 Uhr	Sitzungsort: Bremische Bürgerschaft, Börsenhof A (Eingang Marktstraße), 28195 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anliegende Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Frau Senatorin Stahmann			

Frau Senatorin Stahmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der Deputation zur letzten, regulären Sitzung der 18. Legislaturperiode.  
Sie entschuldigt den erkrankten Herrn Stegmann und spricht im Namen der Deputation Genesungswünsche aus. Außerdem entschuldigt sie Herrn Dr. Steinbrück.

#### **Folgende Tagesordnung wird genehmigt:**

1. Protokoll über die Sitzung am 05.03.2015 sowie das Protokoll über die Sondersitzung der staatlichen Deputation für Bildung, der staatlichen Deputation für Arbeit, Wirtschaft und Häfen und der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend am 18.03.2015
2. Zwischenbericht des Projekts „Förderungsmanagement und -realisierung“  
**(Vorlage Nr. 148/15)**
3. Neue Zuständigkeiten im Produktgruppenhaushalt  
**(Vorlage Nr. 149/15)**
4. Landesausführungsgesetz  
SGB VIII – Persönliche Assistenz an Bildung abgeben  
**(Vorlage Nr. 150/15)**
5. Wirksames Präventionsnetzwerk gegen Radikalisierung junger Muslime  
(Antrag der Fraktion der CDU vom 17.10.14, Drs. 18/1588)  
**(Vorlage Nr. 151/15)**
6. Europapolitisches Jugendkonzept für das Land Bremen  
**(Vorlage Nr. 152/15)**
7. Anpassung der finanziellen Leistungen in der Vollzeitpflege und der Bereitschaftspflege/Übergangspflege ab 01.07.2015  
**(Vorlage Nr. 153/15)**
8. Entwurf für eine Personalverordnung zum Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetz (BremWoBeG)  
**(Vorlage Nr. 154/15 - zu der in der Sitzung am 05.03.154 ausgesetzten Vorlage Nr. 137/15)**
9. Soziale Gruppenfahrten  
**(Vorlage Nr. 156/15)**

10. Verordnung zur Erhebung von Ausgleichsbeträgen zur Finanzierung der Ausbildungsvergütungen in der Altenpflegeausbildung  
**(Vorlage Nr. 157/15)**
11. Verschiedenes
  - a) Aktuelle Information Flüchtlingsunterbringung  
**(Mündlicher Bericht)**
  - b) Offene Berichtsbitten

**TOP 1: Protokoll über die Sitzung am 05.03.2015 sowie das Protokoll über die Sondersitzung der staatlichen Deputation für Bildung, der staatlichen Deputation für Arbeit, Wirtschaft und Häfen und der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend am 18.03.2015**

**Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend genehmigt das Protokoll über die Sitzung am 05.03.2015 sowie über die Sondersitzung der staatlichen Deputation für Bildung, der staatlichen Deputation für Arbeit, Wirtschaft und Häfen und der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend am 18.03.2015.

**TOP 2: Zwischenbericht des Projekts „Forderungsmanagement und -realisierung“ (Vorlage Nr. 148/15)**

Frau Ahrens (Fraktion der CDU) erklärt, warum die Fraktion der CDU der Vorlage nicht zustimmen kann: Grundsätzlich handelt es sich um ein gutes Projekt. Im Bereich des UVG würden jetzt Maßnahmen durchgeführt, die bereits in der Vergangenheit hätten erfolgen müssen. Sie versteht nicht, warum die Stellen befristet besetzt werden sollen, da durch ihren Einsatz eine dauerhafte Finanzierung zu erwarten sei.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Schmidtman (Bündnis 90/Die Grünen) und Herr Prigge (Fraktion der SPD), die das erfolgreiche Projekt loben.

Die Verwaltung antwortet, das eine dauerhafte Lösung im Bereich des UVG angestrebt werde. Das jetzige Team des Projektmanagements ist sehr erfolgreich. Eine Verstetigung der Stellen ist in der Zukunft nicht ausgeschlossen. Das Ressort müsse sich jedoch im Rahmen seines Personalhaushalts bewegen.

Die Deputation fasst gegen die Stimmen der Fraktion der CDU folgenden

**Beschluss**

1. Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend stimmt der Einrichtung zwei weiterer Stellen der Entgeltgruppe 9 TV-L bzw. A 10 für das Projekt „Forderungsmanagement und -realisierung“ zu. Die zwei Stellen werden refinanziert und befristet eingerichtet.
2. Sie bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zur Einrichtung und Finanzierung der Stellen zu schaffen.

**TOP 3: Neue Zuständigkeiten im Produktgruppenhaushalt (Vorlage Nr. 149/15)**

**Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt die neue Verantwortlichkeit im Produktgruppenhaushalt zur Kenntnis.

**TOP 4: Landesausführungsgesetz  
SGB VIII – Persönliche Assistenz an Bildung abgeben  
(Vorlage Nr. 150/15)**

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein und weist darauf hin, dass die Senatorin für Bildung und Wissenschaft darum gebeten hat, die Vorlage auch in ihrer Deputation beschließen zu lassen.

Dies wird voraussichtlich erst in der kommenden Legislaturperiode der Fall sein. Sie schlägt vor, der Vorlage vorbehaltlich einer Befassung in der Bildungsdeputation zuzustimmen.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Grönert (Fraktion der CDU) und Frau Schmidtke (Fraktion der SPD).

Frau Gerking (LAG FW) weist darauf hin, dass eine Umsetzung noch in dieser Legislaturperiode erfolgen sollte.

**Beschluss**

Die staatliche Deputation Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Gesetzesentwurf zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, ihn über den Senat der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zuzuleiten.

**TOP 5: Wirksames Präventionsnetzwerk gegen Radikalisierung junger Muslime  
(Antrag der Fraktion der CDU vom 17.10.14, Drs. 18/1588)  
(Vorlage Nr. 151/15)**

Die Verwaltung erklärt, dass derzeit noch Gespräche des Senators für Inneres und Sport mit Verbänden stattfinden. Diese müssten abgewartet werden, bevor eine Vorlage vorgelegt werden kann. Sobald es einen neuen Sachstand gibt, werden die Deputierten zeitnah informiert.

Frau Senatorin Stahmann berichtet, dass der Träger KITAB sich an den Präsidenten des Senats und sie gewandt habe, um für eine Aufstockung von 1 ½ Stellen zu werben.

Dies müsse im Rahmen der Haushaltsberatungen in der kommenden Legislaturperiode geklärt werden.

**TOP 6: Europapolitisches Jugendkonzept für das Land Bremen  
(Vorlage Nr. 152/15)**

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein und verweist auf die Diskussion im Landesjugendhilfeausschuss.

Die Umsetzung des Konzeptes muss im Rahmen der kommenden Haushaltsberatungen finanziell hinterlegt werden.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Aytas (Fraktion der SPD), Frau Neddermann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) und Frau Ahrens (Fraktion der CDU) .

Das Konzept wird gelobt und eine finanzielle Absicherung gefordert.

Die Deputation bedankt sich ausdrücklich bei Herrn Dr. Schwarz, der nach langjähriger Tätigkeit zum 30. März 2015 aus dem Dienst ausgeschieden ist.

**Beschluss**

1. Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses über das europapolitische Jugendkonzept für das Land Bremen zur Kenntnis.

2. Die Deputation beschließt, das Konzept und den Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses über den Senat an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme weiterzuleiten.

**TOP 7: Anpassung der finanziellen Leistungen in der Vollzeitpflege und der Bereitschaftspflege/Übergangspflege ab 01.07.2015  
(Vorlage Nr. 153/15)**

**Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Bericht der Verwaltung zur Anpassung der monatlichen Pauschalbeträge zur Kenntnis.

**TOP 8: Entwurf für eine Personalverordnung zum Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetz (BremWoBeG)  
(Vorlage Nr. 154/15 - zu der in der Sitzung am 05.03.154 ausgesetzten Vorlage Nr. 137/15)**

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein. Sie verweist darauf, dass nochmals Gespräche mit der LAG stattgefunden haben.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Schmidtke (Fraktion der SPD), Frau Grönert (Fraktion der CDU) und Herr Prigge (Fraktion der SPD).

Frau Schmidtke (Fraktion der SPD) äußert ihr Bedauern, dass ein erweitertes, polizeiliches Führungszeugnis aufgrund des Bundesrechts nicht gefordert werden kann. Sie begrüßt die Ankündigung, dass sich der Senat im Wege einer Bundesratsinitiative für die Änderung einsetzen wird.

Frau Grönert (Fraktion der CDU) erklärt, dass die Fraktion der CDU die Vorlage grundsätzlich begrüßt, jedoch nach wie vor ihre Bedenken zu § 10 aufrecht erhält. Daher werde sie der Vorlage nicht zustimmen.

Frau Gerking (LAG FW) und Frau Bitter-Wirtz (bpa Bremen/Bremerhaven) bedanken sich für die erfolgten Gespräche.

Die Deputation fasst gegen die Stimmen der Fraktion der CDU folgenden

**Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Entwurf einer Personalverordnung zum Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetz (BremWoBeG) mit den in der Vorlage vom 19.1.2015 enthaltenen Änderungen zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, eine entsprechende Verordnung zu erlassen.

**TOP 9: Soziale Gruppenfahrten  
(Vorlage Nr. 156/15)**

Frau Senatorin Stahmann führt in die Vorlage ein und berichtet, dass die vorliegende Änderung auf eine Problemanzeige durch den Landesbehindertenbeauftragten zurückgeht.

Herr Steuck (Mitarbeiter des Landesbehindertenbeauftragten) ergänzt auf Nachfrage, dass es einen konkreten Änderungsbedarf gab. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu Anfragen beim Landesbehindertenbeauftragten.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Schmidtke (Fraktion der SPD), Frau Grönert (Fraktion der CDU) und Herr Möhle (Fraktion der SPD). Die Vorlage wird allgemein gelobt.

Die Verwaltung erklärt auf Nachfrage, dass für den Personenkreis der von Behinderung Bedrohten Einzelfalllösungen möglich sind. In der Praxis spielt dieses Problem keine große Rolle.

### **Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend stimmt den Änderungen der Richtlinie zu Sozialen Gruppenfahrten zu und beauftragt die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, die Umsetzungsschritte für die geänderte Richtlinie zum 01.05.2015 einzuleiten.

### **TOP 10: Verordnung zur Erhebung von Ausgleichsbeträgen zur Finanzierung der Ausbildungsvergütungen in der Altenpflegeausbildung (Vorlage Nr. 157/15)**

Die Verwaltung führt kurz in die Vorlage ein und bedankt sich bei allen Beteiligten für die konstruktive Zusammenarbeit.

An der Diskussion beteiligen sich Herr Schmidtman (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) und Frau Grönert (Fraktion der CDU).

Frau Bitter-Wirtz (bpa Bremen/Bremerhaven) und Herr Luz (Paritätischer Wohlfahrtsverband) begrüßen das Verfahren und betonen, dass es auch ausreichende Ausbildungsplätze geben muss.

### **Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Entwurf für die Ausgleichsverordnung zur Kenntnis und fordert die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen auf, eine entsprechende Verordnung zu erlassen.

### **TOP 11: Verschiedenes**

#### **a) Aktuelle Information Flüchtlingsunterbringung (Mündlicher Bericht)**

Die Verwaltung stellt die aktuelle Situation dar. Im März sind 83 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) und 306 Flüchtlinge nach Bremen gekommen. Mit Stand 8. April 2015 sind 50 Personen nach Bremen gekommen. Es ist weiterhin ein hoher Zugang bei den umF festzustellen.

Frau Senatorin Stahmann richtet der Deputation den Dank von Herrn Dr. Schomaker (Katholischer Gemeindeverband in Bremen) und Herrn Brahms (Bremische Evangelische Kirche) für die gemeinsamen Anstrengungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen aus.

In den letzten Wochen konnten weitere Beschlüsse für Übergangwohnheime in den Beiräten gefällt werden. Dort, wo es erforderlich ist, wird auch in den kommenden Monaten Personal aufgestockt. Die Vermittlung in Wohnraum ist weiterhin sehr erfolgreich. Auf Nachfrage erklärt die Verwaltung, dass Bremen nach wie vor überdurchschnittlich von umF angelaufen wird.

An der Diskussion beteiligen sich Frau Grönert (Fraktion der CDU), Herr Scharf (Fraktion der CDU) und Herr Möhle (Fraktion der SPD).

Frau Senatorin Stahmann kündigt an, dass es in den kommenden Wochen zur Beschlussfassung im Umlaufverfahren kommen könnte, solange sich die neue Deputation noch nicht konstituiert hat.

### **Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

**b) Offene Berichtsbitten**

Die Verwaltung sagt zu, offene Punkte der Do-To-Liste in der nächsten Legislaturperiode aufzurufen.

---

Vorsitzende

---

Sprecher

---

Protokollführerin